

## WP-4 Solidarität sichern

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 25.10.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

### Text

1 Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu  
2 zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung  
3 füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben. So stark unser Streben nach  
4 individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr brauchen wir  
5 auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu entfalten. Das  
6 gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für NRW nicht neu,  
7 hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um eine neue  
8 Politik, die aus dem "Wir" Wirklichkeit macht.

9 Ein solidarisches und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind,  
10 keine Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man  
11 von der eigenen Arbeit leben und eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem  
12 jede\*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes  
13 Mal. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der  
14 Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind.

15 Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch es ist nicht gut  
16 genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei  
17 krank werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den  
18 Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige  
19 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom  
20 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit  
21 gilt für alle gleichermaßen.

22 Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige  
23 Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und  
24 so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und  
25 auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger\*innen ist  
26 es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit  
27 wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und  
28 Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das  
29 Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein  
30 Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind  
31 Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer  
32 belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie  
33 stark für ihre Bürger\*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln,  
34 damit NRW in die Zukunft investiert.

### Wir arbeiten entschlossen gegen Armut

#### Armut spürbar reduzieren

37 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber  
38 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress

39 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos  
40 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-  
41 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der  
42 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen  
43 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir  
44 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten  
45 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in  
46 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur  
47 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.  
48 Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren  
49 Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir  
50 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

## 51 Pakt gegen Kinderarmut

52 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu  
53 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund\*innen nicht nach Hause zum Essen  
54 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein  
55 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig  
56 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden  
57 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu  
58 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen  
59 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit  
60 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher\*innen, Lehrer\*innen,  
61 Ärzt\*innen, Sozialpädagog\*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den  
62 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Die Mittel aus dem Bildungs-  
63 und Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu  
64 kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle  
65 spielt. Solange diese Mittel nicht von einer Kindergrundsicherung abgelöst sind,  
66 sorgen wir dafür, dass sie bei den Kindern auch ankommen. Die Stadt Hamm zum  
67 Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung  
68 vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern. Wir  
69 stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und  
70 schaffen so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

## 71 Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut 72 betroffen sind

73 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht  
74 jede\*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.  
75 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in  
76 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung  
77 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also  
78 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre  
79 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die mit multiprofessionellen  
80 Teams Jugendliche ganzheitlich beraten und bei ihren vielfältigen „Baustellen“  
81 vom Ausbildungsplatz bis zur Wohnungssuche unterstützen. In den Jugendhäusern  
82 sollen aber auch junge Volljährige beraten werden, die derzeit noch aus dem  
83 Raster fallen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir  
84 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die  
85 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

## 86 Schuldner\*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen 87 optimieren

88 Wir optimieren die Schuldner\*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen  
89 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage  
90 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen  
91 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem  
92 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der  
93 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der  
94 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die  
95 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die  
96 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen  
97 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide  
98 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen und werden die Trennung  
99 schnellstmöglich beenden, so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht.  
100 Die Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte  
101 Mittel sein. Stattdessen ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden.  
102 Dazu tragen auch und gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder  
103 Arbeitsagenturen bei. Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung  
104 dieser Gläubigergruppen kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss  
105 auf die Gläubiger hat, ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen,  
106 Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem  
107 Qualitätsstandards für die Arbeit der Schuldner- und  
108 Verbraucherinsolvenzberatung.

## 109 **Wir machen Wohnungspolitik für alle**

### 110 Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW

111 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.  
112 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den  
113 Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten  
114 Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die  
115 Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns  
116 entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu  
117 verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen  
118 Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und  
119 preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei, Flächen  
120 anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen dafür,  
121 dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach sozialen,  
122 städtebaulichen, ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben werden. Wir  
123 bevorzugen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte  
124 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen  
125 und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Neue Wohnungen  
126 sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um  
127 Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent  
128 gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Auch stärken wir die  
129 Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder  
130 klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen  
131 und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

---

## 132 Nachbarschaften für alle Generationen

133 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich  
134 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne  
135 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu  
136 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit  
137 Beeinträchtigungen finden Unterstützung, Beratung und Versorgungssicherheit.  
138 Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume. Plätze und  
139 Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen,  
140 Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte –  
141 auch für ehemals wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für  
142 alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.

143 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein  
144 einheitliches Förderprogramm „Quartier inklusiv“, das die verschiedenen  
145 Bereiche umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and  
146 communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten  
147 wollen, werden dabei unterstützt. Wir fördern den Einsatz von technischen und  
148 digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen  
149 Lots\*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations- und  
150 Informationstechnologien zu nutzen.

## 151 Landesinitiative „Mehr Platz zum Spielen“

152 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb  
153 der Wohnung mit Freund\*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball  
154 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit  
155 unserem Förderprogramm „Mehr Platz zum Spielen“ können Kommunen bereits  
156 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen  
157 Raum erhalten und ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre  
158 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.  
159 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss  
160 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie  
161 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

## 162 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

163 Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren  
164 Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den  
165 sozialen Wohnungsbau und erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem  
166 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.  
167 Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.  
168 Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose  
169 gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen,  
170 Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus  
171 unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von  
172 Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser  
173 familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz „Housing first“  
174 bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie  
175 „Trainingswohnen“, in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden  
176 persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren

177 und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz  
178 Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für  
179 Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen "Housing first" in ganz NRW  
180 ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen  
181 dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

## 182 **Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne**

### 183 **Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken**

184 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir  
185 unterstützen Langzeitarbeitslose und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen  
186 über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder  
187 Fuß fassen können. Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu  
188 stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine  
189 staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe.

190 Menschen mit Behinderungen haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden als  
191 Menschen mit der gleichen Qualifikation ohne Behinderungen. Wir streben einen  
192 inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne  
193 Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire  
194 Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Wir machen die Erfüllung der  
195 gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen  
196 Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig senken wir die  
197 Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe erhalten  
198 Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber\*innen mit Behinderung  
199 ‚zuschneiden‘ können. Außerdem erleichtern wir die Rahmenbedingungen für  
200 „Inklusionsbetriebe“. Das sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die  
201 zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Für  
202 Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll die  
203 Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die  
204 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

### 205 **Faire Arbeitsbedingungen stärken**

206 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die  
207 Betonbauer\*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und  
208 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen  
209 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch  
210 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend  
211 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte  
212 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt  
213 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der  
214 Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner\*innen werden wir nicht weiter  
215 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-  
216 Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer\*innen, die auf den Feldern  
217 und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz  
218 durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen.  
219 Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein.

## 220 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation

221 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,  
222 familien- und pflegefreundlich zu werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut  
223 und das Recht auf Homeoffice unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“  
224 können die Mitarbeiter\*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer  
225 eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen.  
226 Wir unterstützen die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst  
227 voran, indem wir sie für Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die  
228 Arbeitszeit in allen Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter\*innen  
229 zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und  
230 Studium in Teilzeit erleichtern wir.

## 231 Wir investieren in Gesundheit und Pflege

### 232 Gesundheitsprävention stärken

233 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend  
234 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem  
235 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und  
236 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Immer mehr Menschen sind einsam und  
237 werden dadurch krank. Wir bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten  
238 Kampagne, die Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und mit der frühen  
239 Vermittlung von Kompetenzen zur psychischen Gesundheit einhergeht. Die  
240 Klimakrise ist eine Herausforderung für die Gesundheit der Menschen. Das Klima  
241 zu schützen und die Städte an den Klimawandel anzupassen, bedeutet auch, unsere  
242 Gesundheit zu schützen.

### 243 Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für 244 Gesundheitsregionen

245 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute  
246 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient\*innen. Gerade in  
247 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung  
248 durch „Gesundheitsregionen“ mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden  
249 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute  
250 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits-  
251 und Pflegezentren errichten. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen  
252 Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es  
253 Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen,  
254 dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen nicht  
255 mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient\*innen im Notfall oder  
256 bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen  
257 können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle  
258 spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen. Für planbare, komplexere  
259 Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine  
260 durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Wir planen  
261 die Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten  
262 Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten oder

263 Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter  
264 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt.

## 265 Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen 266 Gesundheitsdienst stärken

267 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) führt Schuleingangsuntersuchungen durch,  
268 bietet Impfungen an und ist verantwortlich für den Infektionsschutz. Die  
269 Mitarbeitenden überwachen die Qualität des Trinkwassers, beraten zu  
270 Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-Pandemie ist  
271 besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet aber unter  
272 langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und Personalmangel.  
273 Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den ÖGD an und  
274 etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal. Wir stärken  
275 die Verantwortung des Landeszentrums für Gesundheit, so dass es Standards und  
276 Verfahren etwa in der Pandemiebekämpfung für die Gesundheitsämter bietet. Wir  
277 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und  
278 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch  
279 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und  
280 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und  
281 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie  
282 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention  
283 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

## 284 Psychische Gesundheit verbessern

285 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise  
286 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit  
287 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und  
288 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des  
289 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale  
290 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung  
291 zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.  
292 Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen  
293 Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir  
294 stärken die Ausbildung von Psychotherapeut\*innen und lehnen Rasterpsychotherapie  
295 ab.

## 296 Für eine inklusive Gesundheitsversorgung

297 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die  
298 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.  
299 Viele Geflüchtete, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte sind nicht  
300 krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall gehört jedoch  
301 zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die Kommunen dabei  
302 unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern und den  
303 „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“  
304 flächendeckend aus. Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um  
305 Menschen mit Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir einen  
306 ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut. Wir

307 machen verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und  
308 sorgen für mehr Flexibilität und Patient\*innenorientierung bei Therapie- und  
309 Heilmittelversorgung.

## 310 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und 311 Selbstbestimmung fördern

312 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen  
313 "Normkörper" ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht  
314 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere  
315 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil  
316 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann  
317 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien  
318 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die  
319 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten  
320 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die  
321 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem  
322 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet  
323 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in  
324 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die  
325 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das  
326 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um  
327 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich  
328 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah  
329 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas  
330 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

## 331 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen

332 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele  
333 Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am  
334 Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen  
335 erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit  
336 der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten.  
337 Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil  
338 der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus  
339 entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die  
340 Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend  
341 vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte,  
342 verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW  
343 verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die  
344 Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die  
345 Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften,  
346 Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

## 347 Drogen- und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung

348 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen  
349 Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und  
350 Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist



351 aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf  
352 dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden  
353 bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies  
354 zulassen, werden wir in NRW wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur  
355 kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument\*innen unterstützen.  
356 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von  
357 denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. So begegnen wir den rechtlichen  
358 Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit  
359 Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass  
360 Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die  
361 Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

## 362 **Wir haushalten verantwortungsbewusst und** 363 **investieren in unsere Zukunft**

### 364 Verantwortungsbewusst haushalten

365 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur  
366 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger\*innen umzugehen, eine moderne und  
367 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die  
368 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu  
369 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-  
370 Ziel gemessen werden.

371 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche  
372 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine  
373 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein  
374 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der  
375 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für  
376 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres  
377 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in  
378 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten  
379 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese  
380 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten  
381 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2023 die Bewältigung der  
382 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern  
383 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die  
384 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgedeckt werden. Die  
385 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen  
386 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um  
387 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Die Anlagen des  
388 Landes, wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin  
389 konsequent auf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

### 390 Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

391 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
392 die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden. Die  
393 öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven Investitionsstau,  
394 besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener Kraft nicht

395 bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur  
396 von morgen: bei den Schulen, der Digitalisierung, der Mobilitätswende, beim  
397 Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen. Diese  
398 Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und ihnen  
399 Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die  
400 verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der  
401 Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des  
402 Landeshaushalts schaffen.

### 403 Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

404 Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel  
405 verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und – vom  
406 Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk – in die kommunale Infrastruktur,  
407 investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die  
408 Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Auch die Steuerausfälle aus der  
409 Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

410 Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue  
411 Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen  
412 die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die  
413 lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung  
414 dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe  
415 definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.

416 Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen  
417 sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse  
418 für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,  
419 damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.  
420 Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv  
421 macht.

### 422 Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen

423 Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100  
424 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für  
425 gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug  
426 entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung  
427 ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,  
428 dass Meldestellen, nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert  
429 werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die  
430 besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

### 431 Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen

432 Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische  
433 Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um  
434 diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.  
435 Das sind in NRW nicht nur die Kohlreviere, sondern sämtliche Regionen, in denen  
436 CO<sub>2</sub>-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen  
437 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: Die Gelder der EU sind

438 nicht dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen  
439 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen  
440 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.  
441 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch  
442 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung  
443 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.